

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

18. WP - 82. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. Dezember 2014, 10 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

**Tagesordnung:****Seite****1. Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2221](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/2255](#) - selbstständig -

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/2267](#) - selbstständig -

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/3673](#)

**2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/1467](#)

Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes

[Umdruck 18/3544](#)

**3. Bemerkungen 2014 des Landesrechnungshofs mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2012**

und

**Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2012**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/1360](#)

(überwiesen am 11. Dezember 2013)

Votenentwurf der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung

[Umdruck 18/3620](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN

[Umdruck 18/3650](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/3720](#)

**4. Ausweitung des Regelungsbereichs der Erschwerniszulagenverordnung auf Berufsfeuerwehrbeamtinnen und -beamte**

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU  
[Drucksache 18/1940](#) (neu)

**5. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2015**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 18/2100](#)

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2015**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 18/2101](#)

- Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
[Umdruck 18/3619](#) (neu)
- Änderungsanträge der Fraktion der CDU  
[Umdrucke 18/3669](#) (neu) und 18/3719
- Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
[Umdruck 18/3671](#) (neu)
- Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Umdruck 18/3672](#) (neu)
- Änderungsvorschläge der Landesregierung  
[Umdrucke 18/3518, 18/3616](#) und 18/3661

**6. Information/Kenntnisnahme**

[Umdrucke 18/3531](#) und 18/3613 - Förderung von Innovationsassistenten  
[Umdrucke 18/3474](#) und 18/3614 - Zentrum für strukturelle Systembiologie  
[Umdruck 18/3612](#) - Asylbewerber und BAföG-Mittel  
[Umdruck 18/3615](#) - Bezuschussung der Schulen der dänischen Minderheit  
[Umdruck 18/3659](#) - IT-Gesamtplan 2015  
[Umdruck 18/3660](#) - Winterdienst

**7. Verschiedenes**

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2221](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/2255](#) - selbstständig -

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/2267](#) - selbstständig -

(überwiesen am 11. September 2014 an den **Sozialausschuss** und alle weiteren Ausschüsse)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/3673](#)

(Der federführende Sozialausschuss empfiehlt bei Enthaltung der FDP mit den Stimmen aller anderen Fraktionen, den Antrag [Drucksache 18/2221](#) in der Fassung des [Umdrucks 18/3673](#) anzunehmen und die Änderungsanträge [Drucksachen 18/2255](#) und 18/2267 für erledigt zu erklären)

Einstimmig schließt sich der Finanzausschuss der Empfehlung des federführenden Sozialausschusses an.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/1467](#)

(überwiesen am 23. Januar 2014 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den **Finanzausschuss** und den **Sozialausschuss**)

hierzu: [Umdrucke 18/2418, 18/2458, 18/2491, 18/2582, 18/2583, 18/2639, 18/2640, 18/2661, 18/2662, 18/2663, 18/2690, 18/2723, 18/2757, 18/2766, 18/2786, 18/3544, 18/3651](#)

Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes

[Umdruck 18/3544](#)

Abg. Winter teilt mit, die SPD-Fraktion habe nach vielen Gesprächen mit den Betroffenen einstimmig beschlossen, kein zusätzliches Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs aufzunehmen. Auf der einen Seite wäre es zwar rechtlich möglich - wie vom Wissenschaftlichen Dienst in [Umdruck 18/3544](#) bestätigt -, und vielleicht könnten Leistungen transparenter aufgezeigt und unbegründete regionale Unterschiede überwunden werden, auf der anderen Seite würde man neben der Prüfung durch die Kreise beziehungsweise die Koordinierungsstelle soziale Hilfen der schleswig-holsteinischen Kreise Doppelstrukturen aufbauen. Es gehe darum, die Steuerung der Eingliederungshilfe zu stärken und im Dialog mit den Kreisen und der Kosoz einheitliche Prüfungsstrukturen umzusetzen. Ein zusätzliches Prüfungsrecht des Rechnungshofs brauche man nicht.

Abg. Dr. Garg macht darauf aufmerksam, dass Titelgruppe 65 in Einzelplan 10 - Eingliederungshilfe - als größter Posten des Haushalts nach wie vor einen „Blackbox“ sei. Selbst Vertreter der Leistungsanbieter räumten ein, dass „Luft im System vorhanden ist“. Es gehe darum, diese Luft zu identifizieren, damit die Mittel bei den Menschen mit Behinderung tatsächlich ankämen und das System insgesamt dauerhaft finanzierbar bleibe. Er bedauere außerordentlich, dass das von allen Fraktionen immer wieder geforderte und vom Landtag einstimmig beschlossene Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs seitens der SPD aufgegeben werde.

Abg. von Kalben und Harms erklären, Grüne und SSW seien nach wie vor davon überzeugt, dass eine Beteiligung des Landesrechnungshofs der richtige Weg wäre, um im Interesse der

Menschen mit Behinderung Synergieeffekte entdecken und Qualitätsverbesserungen erreichen zu können, hätten in der Koalition aber keine Einigung mit der SPD erzielen können.

Abg. Koch bezeichnet es als bitter, dass ein vom gesamten Parlament seit 20 Jahren gefordertes Prüfungsrecht des Rechnungshofs, das sich rechtskonform umsetzen lasse, am Widerstand einer Fraktion scheitere. Er erinnert an die Zusage von Abg. Winter in der Plenardebatte am 11. Dezember 2013, „dass wir uns im nächsten Jahr zusammensetzen werden, um uns über dieses Prüfungsrecht und die Modifikation zu unterhalten, um da neue Wege zu gehen“.

Auch Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, bedauert die Ablehnung des Prüfungsrechts für den Landesrechnungshof sehr, da es nicht nur im finanzpolitischen Interesse, sondern auch im Interesse der Menschen mit Behinderung liege und beim Rechnungshof keinen Personalaufwuchs bedeutet hätte. Es wäre wünschenswert, dass eine wirkungsvolle Prüfungsinstanz in Abstimmung mit den Verbänden eine Prüfung durchführe und Verbesserungsbedarf aufdecke.

Abg. Winter stellt klar, dass der Zusammenhang mit einem möglichen Mehrbedarf von 11 Stellen für den Rechnungshof nicht von der SPD kolportiert worden sei.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition empfiehlt der Ausschuss, den FDP-Gesetzentwurf [Drucksache 18/1467](#) abzulehnen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bemerkungen 2014 des Landesrechnungshofs mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2012  
und  
Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2012**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/1360](#)

(überwiesen am 11. Dezember 2013)

Votenentwurf der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung

[Umdruck 18/3620](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN

[Umdruck 18/3650](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/3720](#)

CDU, FDP und PIRATEN beantragen, unter Textziffer 7 folgenden Satz aufzunehmen ([Umdruck 18/3650](#)):

„Der Finanzausschuss fordert die Landesregierung auf, bei ihren zukünftigen Haushaltsentwürfen höhere Investitionen zum Abbau des Sanierungsstaus einzuplanen.“

Abg. Winter, Harms und von Kalben erwidern, Investitionen seien kein Selbstzweck. Die Koalition wolle sich nicht binden, sondern werde Prioritäten setzen und Investitionen vornehmen, die sinnvoll und finanzierbar seien.

Abg. Dr. Garg, Schmidt und Koch erklären, sie lehnten den Votenentwurf ab, weil die Mehrheit die wichtige Forderung des Prüfungsrechts des Landesrechnungshofs nach 22 Jahren gestrichen habe.

Zum Antrag der Koalition [Umdruck 18/3720](#) weist Herr Dopp, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, darauf hin, dass ein abgeleitetes Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs nicht möglich sei. Daraufhin zieht Abg. Winter die Formulierung zurück: „Die prüfberechtigten Kreise können den Landesrechnungshof in die Prüfung mit einbeziehen.“

Mit den Stimmen der Koalition bei Enthaltung der Opposition empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2012 Entlastung zu erteilen.

Der Oppositionsantrag [Umdruck 18/3650](#) wird mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

Bei Textziffer 24 - Eingliederungshilfe - erhält Satz 3 einstimmig folgende Fassung:

„Der Landesrechnungshof hat nach gegenwärtiger Rechtslage keine Möglichkeit, bei den Trägern der Einrichtungen zu prüfen, ob die Leistungen vereinbarungsgemäß und wirtschaftlich erbracht werden.“

Der Antrag von Abg. Dr. Garg, nach dem Wort „Rechtslage“ das Wort „bedauerlicherweise“ einzufügen, wird mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt. Mit den Stimmen der Koalition bei Enthaltung der Opposition wird folgender Satz 4 gestrichen:

„Der Finanzausschuss wird daher die Frage weiter erörtern, ob dem Landesrechnungshof ein Prüfungsrecht eingeräumt werden sollte.“

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition erhält Textziffer 24 folgende Fassung:

„Von Jahr zu Jahr nehmen immer mehr Menschen Eingliederungshilfe in Anspruch. Für diese Leistungen muss das Sozialministerium mehr als die Hälfte seines Budgets aufwenden. Der Landesrechnungshof hat nach gegenwärtiger Rechtslage keine Möglichkeit, bei den Trägern der Einrichtung zu prüfen, ob die Leistungen vereinbarungsgemäß und wirtschaftlich erbracht werden.“

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, die Voten, [Umdruck 18/3620](#), mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Ausweitung des Regelungsbereichs der Erschwerniszulagenverordnung  
auf Berufsfeuerwehrbeamtinnen und -beamte**

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU

[Drucksache 18/1940](#) (neu)

(überwiesen am 18. Juni 2014)

hierzu: [Umdrucke 18/3062, 18/3166, 18/3180, 18/3201, 18/3249, 18/3256,](#)  
[18/3259, 18/3260, 18/3261, 18/3547](#)

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag [Drucksache 18/1940](#) (neu) abzulehnen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2015**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/2100](#)

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2015**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/2101](#)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/3619](#) (neu)

Änderungsanträge der Fraktion der CDU

[Umdrucke 18/3669](#) (neu) und 18/3719

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/3671](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/3672](#) (neu)

Änderungsvorschläge der Landesregierung

[Umdrucke 18/3518](#), [18/3616](#) und 18/3661

Herr Dr. Nimmermann, neuer Staatssekretär im Finanzministerium, bittet darum, eine haushaltsgesetzliche Ermächtigung zur Umsetzung der Verständigung zwischen Bund und Ländern über ein Gesamtkonzept zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern aufzunehmen ([Umdruck 18/3661](#)). Es gehe darum, Bundesmittel in den Fällen, in denen die Kommunen Kostenträger seien, an die Kommunen weiterzuleiten.

Frau Reese-Cloosters, Leiterin der Haushaltsabteilung im Finanzministerium, erläutert, nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erstatte das Land den Kommunen 70 % der Kosten, und für die Weiterleitung des 30-prozentigen Anteils, der in der Zuweisung des Bundes an die Kommunen enthalten sei, brauche man die haushaltsgesetzliche Ermächtigung.

Herr Platthoff, Mitglied des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags, hält eine solche haushaltsgesetzliche Ermächtigung für unproblematisch.

Im Folgenden begründen die Fraktionen die Neufassung ihrer Änderungsanträge mit der Anpassung an die zweite Nachschiebeliste der Landesregierung, [Umdruck 18/3616](#).

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimme der PIRATEN bei Enthaltung von CDU und FDP wird der Änderungsantrag der PIRATEN, [Umdruck 18/3619](#) (neu), abgelehnt.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimme der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN wird der Änderungsantrag der CDU, [Umdruck 18/3669](#) (neu), ebenfalls abgelehnt.

Der CDU-Antrag [Umdruck 18/3719](#) zur Finanzierung neuer Konferenzsprechanlagen für die Fraktionen wird einstimmig angenommen. Die Deckung der Mehrausgaben von 80.000 € erfolgt durch eine Erhöhung der Kreditaufnahme in Titel 11 16-325 01 um 80.000 €

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von CDU und FDP wird der Änderungsantrag der FDP, [Umdruck 18/3671](#) (neu), abgelehnt.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition werden der Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, [Umdruck 18/3672](#) (neu), sowie die Änderungsvorschläge der Landesregierung, [Umdrucke 18/3518](#) und 18/3616, die von der Koalition als Antrag übernommen werden, angenommen. Der Änderungsvorschlag der Landesregierung [Umdruck 18/3661](#) wird einstimmig angenommen.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, die Gesetzentwürfe [Drucksachen 18/2100](#) und 18/2101 mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

[Umdrucke 18/3531](#) und 18/3613 - Förderung von Innovationsassistenten  
[Umdrucke 18/3474](#) und 18/3614 - Zentrum für strukturelle Systembiologie  
[Umdruck 18/3612](#) - Asylbewerber und BAföG-Mittel  
[Umdruck 18/3615](#) - Bezuschussung der Schulen der dänischen Minderheit  
[Umdruck 18/3659](#) - IT-Gesamtplan 2015  
[Umdruck 18/3660](#) - Winterdienst

Der Ausschuss beschließt, die Themen „Förderung von Innovationsassistenten ([Umdrucke 18/3531](#) und 18/3613) und „IT-Gesamtplan 2015“ ([Umdruck 18/3659](#)) im Januar 2015 auf die Tagesordnung zu setzen.

Zu [Umdruck 18/3615](#) - Bezuschussung der Schulen der dänischen Minderheit - wiederholt Abg. Dr. Garg seine Kritik, dass die Zusammensetzung der Schülerkostensätze nicht nachvollziehbar sei.

Zu [Umdruck 18/3660](#) - Winterdienst - fragt Abg. Dr. Garg die Landesregierung, ob es inzwischen eine Einigung mit den Kommunen gebe.

Der Ausschuss nimmt die [Umdrucke 18/3474](#), [18/3612](#), [18/3614](#) und 18/3615 zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Am **18. Dezember 2014** wird voraussichtlich keine Sitzung des Finanzausschusses, sondern eine **Sitzung des Beteiligungsausschusses** stattfinden. Anfang 2015 will der Finanzausschuss gemeinsam mit dem Bildungsausschuss und dem Sozialausschuss über das UKSH beraten (Fortgang des ÖPP-Projekts, Schuldenstand, Kündigung des Vertrags mit dem DRK).

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 11:20 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer